

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/67

6. April 1977

Keine Alternative zur Deutschlandpolitik

Sachliche und überzeugende Bilanz der Bundesregierung

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Vorsitzender des außen- und deutschlandpolitischen
Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 69 Zeilen

Countdown von Kohl läuft

Konrad-Adenauer-Haus spielt auf Zeitgewinn

Von Lothar Schwartz
Spracher des SPD-Parteivorstandes

Seite 3 und 4 /

Europa-Wahl muß Diskriminierungen beseitigen

Wahlrecht benachteiligt noch immer Grenzpendler

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38/39
Telex: 06 88 846-48 pcon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Keine Alternative zur Deutschlandpolitik

Sachliche und überzeugende Bilanz der Bundesregierung

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Vorsitzender des außen- und deutschlandpolitischen Arbeitskreises
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU zur Deutschlandpolitik ist eine nüchterne, ausgewogene und umfassende Bilanz der Leistungen der sozialliberalen Koalition seit 1969. Sie fällt zeitlich zusammen mit der politischen Bestandsaufnahme, die die Bundesregierung gegenwärtig vornimmt, um die innerdeutschen Beziehungen weiterzuentwickeln. Dabei kann es nicht darum gehen, eine neue Antwort zu finden, wie die CDU/CSU es angeblich erwartet. Vielmehr sollen konkrete Verhandlungsmöglichkeiten auf der Basis bestehender Verträge, Abkommen und Absichtserklärungen gesucht und genutzt werden.

Die Antwort der Bundesregierung verschweigt die Schwierigkeiten im innerdeutschen Verhältnis nicht. Aber gerade die sachliche Gegenüberstellung der Rückschläge und Fortschritte seit 1959 stützt die Folgerung, daß trotz aller Gegensätze Bereiche der Zusammenarbeit und Möglichkeiten des Interessenausgleichs mit der DDR weiterhin erschlossen werden müssen, um Erleichterungen für die Menschen zu erreichen.

Auf dem Hintergrund der Entwicklung seit 1969 muß sicherlich auch zur Kenntnis genommen werden, daß die DDR-Führung vermehrte Kontakte, verstärkten Reise- und Besucherverkehr, Familienzusammenführung und eine Liberalisierung der Ausreisemöglichkeiten relativ zunehmend als innenpolitische Belastungen empfindet. Die Antwort der Bundesregierung zeigt, daß auch in diesen empfindlichen Bereichen begrenzte positive Entwicklungen möglich waren. Die Erfolge auf dem Gebiet der Familienzusammenführung belegen das. Zugleich aber bemüht sich die DDR-Regierung, der Bundesrepublik und in noch stärkerem Maße der eigenen Bevölkerung die Grenzen der Bewegung in der Deutschlandpolitik deutlich zu machen. Daraus folgen jene Schwierigkeiten und Belastungen der innerdeutschen Beziehungen, die die

Bundesregierung in ihrer jetzt vorliegenden Antwort nennt, z.B. die Ausweisung von Journalisten, die Kontrollen der Besucher der Ständigen Vertretung und die Zurückweisungen an der Grenze.

Trotz dieser Schwierigkeiten bleibt die Weiterentwicklung der innerdeutschen Beziehungen möglich. Dazu muß der Zusammenhang zwischen Deutschland- und Entspannungspolitik gewahrt bleiben. Deutschlandpolitik läßt sich nur unter Aufrechterhaltung des Entspannungsprozesses erfolgreich betreiben. Aus diesem Grunde besteht für die Bundesrepublik ein besonders starkes Interesse daran, den Prozeß der Entspannung auch zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu stützen. Jeder Versuch, die Deutschlandpolitik von der Entspannungspolitik zu isolieren, würde in die Irre führen.

Ansätze zur Weiterentwicklung der innerdeutschen Beziehungen bieten sich vor allem, wenn die Zusammenarbeit in praktischen Fragen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gestärkt wird. Das gilt auch für die Ost-Beziehungen insgesamt. Unsere Beziehungen zur DDR bilden insoweit keine Ausnahme. Möglichkeiten einer solchen funktionalen Zusammenarbeit mit der DDR bestehen in Wissenschaft und Technik, in Wirtschaft und Industrie, aber auch auf dem Gebiet der Sportbeziehungen sowie in Verkehrsfragen. Warum sollte es z.B. nicht möglich sein, daß in der DDR Euro-Schecks als Zahlungsmittel akzeptiert werden? Weiter ausgebaut werden könnte auch der grenznahe Verkehr.

Funktionale Zusammenarbeit mit der DDR soll nicht heißen, daß die Frage der Menschenrechte aus der notwendigen politischen Auseinandersetzung ausgeklammert werden soll. Wir müssen uns aber davor hüten, sie zum Instrument eines ideologischen Streites zu machen. Worauf es ankommt ist, praktische Erleichterungen tatsächlich zu erreichen. Dazu muß der Dialog auch in dieser Frage fortgeführt werden. Eine Politik des bloßen Anklagens würde auf dem Rücken derjenigen ausgetragen, denen man zu helfen vorgibt.

Die CDU/CSU ist in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht in der Lage, eine Politik der wirksamen Verbesserung in den innerdeutschen Beziehungen mitzutragen. Auch nach dem Düsseldorf-Parteitag sind bei ihr keine Ansätze für eine Überprüfung ihrer unrealistischen und in Formeln erstarrten Deutschlandpolitik erkennbar. Der Oppositionsführer hat erklärt, daß CDU und CSU eine geschlossene Formation bilden. Die vor dem Düsseldorf-Parteitag bei einigen Oppositionspolitikern erkennbare Bereitschaft zur Neuorientierung findet also offenbar keine Unterstützung. Mit der Erklärung des deutschlandpolitischen Sprechers der CDU/CSU zur Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage sucht die Opposition erneut nicht das sachliche Gespräch, sondern den deutschlandpolitischen Schlagabtausch. Unter diesen Bedingungen fehlen für eine deutschlandpolitische Gemeinsamkeit, von der so viel geredet wird, leider alle Voraussetzungen.

(-/6.4.1977/kr/10)

+ + +

Countdown von Kohl läuft

Konrad-Adenauer-Haus spielt auf Zeitgewinn

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Die politische Zukunft des CDU-Vorsitzenden und nominellen Oppositionsführers Dr. Helmut Kohl liegt im Ungewissen. Immer unvorhohlener werden von seinen speziellen "Unionfreunden" in Bonn und München die Überlebenschancen für den Kanzlerkandidaten von 1976 negativ erörtert. Und immer häufiger werden zugleich die Locksignale, mit denen sich der Betroffene doch noch den Traum von einer Kanzlerschaft zu erfüllen hofft.

In fast jeder seiner öffentlichen Äußerungen - so auch in einem heute erschienenen Interview - gibt er zu erkennen, daß er die enge Einbahnstraße seiner Chance erkannt hat und sie mit verzweifelter Hoffnung anpeilt. Seine ständig wiederholte Beteuerung, er wolle und werde der FDP nicht nachlaufen, ist verräterisch.

Während Dr. Kohl immer offensichtlicher diese Floskel Lügen streift, läuft im eigenen Lager sein Countdown. Er ist vom Drängen der CSU auf die Installierung der im Gefolge von Kreuth vereinbarten und paritätisch von den Koalitionspartnern CDU und CSU zu besetzenden Strategiekommision gezündet worden, das seit Ende Januar dieses Jahres in immer kürzeren Abständen zu beobachten ist. Die CSU hat ihre sechs Vertreter mit F.J. Strauß an der Spitze längst benannt, im Konrad-Adenauer-Haus wurde hingegen auf Zeitgewinn ge-

spielt. Auch der CDU-Parteitag in Düsseldorf hat Dr. Kohl in dieser Frage keine Entlastung gebracht. Im Mai wird sich die Strategiekommission auf Druck aus der CSU-Spitze nun endgültig konstituieren. Ohne die Vertreter der CDU in diesem Koalitionsausschuß der Opposition schon alle zu kennen - außer dem Parteivorsitzenden und seinem Generalsekretär werden es noch vier sein -, steht doch schon jetzt fest, daß es dort praktisch eine Strauß-Mehrheit geben wird. Das heißt, der CSU-Vorsitzende wird erneut nach Bedarf mit der Dressurpeitsche einer Vierten Partei auf Bundesebene knallen und über die Südschiene die Nordlichter nach Belieben verdunkeln oder ausknipsen können.

Schon wird aus dieser Position heraus in der CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestages halblaut über eine "ehrenhafte Verwendung" des gescheiterten und aus der dortigen Sicht für einen zweiten Anlauf nicht mehr in Frage kommenden Kanzlerkandidaten Dr. Kohl nachgedacht. Im Bericht eines aus dieser Richtung gewöhnlich sehr gut informierten Bonner Zeitungskorrespondenten hieß es dieser Tage: "Dabei wird eine Kandidatur von Helmut Kohl für das Amt des Bundespräsidenten erörtert, falls es dem CDU-Chef bis dahin (1979) nicht gelingen sollte, eine CDU/CSU/FDP-Koalition unter seiner Führung zu bilden." Bisher war von keiner Seite ein Dementi oder auch nur eine formale Distanzierung von solchen Planspielen in den Unionsparteien zu hören oder zu lesen.

Nun ist es zweifellos Sache der CDU/CSU und ihrer eigentlichen Kommandeure, wie sie mit ihren nicht ins Ziel gekommenen Spitzenleuten umspringt. Was jedoch alle Bürger interessieren und befremden muß, ist die Möglichkeit, daß das höchste Amt in unserem Staat zum Trostpreis für einen nicht mehr ins Kalkül seiner eigenen Parteifreunde passenden Politiker degradiert werden könnte. (-/6.4.1977/bgy/lo)

+ + +

Europa-Wahl muß Diskriminierungen beseitigen

Wahlrecht benachteiligt noch immer Grenzpendler

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Der 20. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge und dessen feierliche Würdigung durch den Europäischen Rat haben nicht nur den bisherigen Entwicklungsprozeß der Integration aufs Neue bewußt gemacht, sondern weisen auch mahnend auf die vielen noch zu lösenden Probleme hin. Der nächste große Schritt sollen die ersten direkten Wahlen zum Europa-Parlament im kommenden Jahr sein. Die gesetzlichen Vorbereitungsarbeiten hierfür sind - wie jedermann weiß - nicht einfach. Sie sollten dennoch zum Anlaß genommen werden, bei dieser Gelegenheit den im grenznahen EG-Ausland lebenden Bundesbürgern grundsätzlich zum Wahlrecht zu verhelfen.

Bei der Europa-Wahl sollen nach dem vorliegenden Wahlgesetz-Entwurf auch die in den Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft lebenden Deutschen das Wahlrecht besitzen. Eine andere Regelung wäre allerdings auch in höchstem Maße widersinnig.

Dessen ungeachtet ist es außerordentlich unbefriedigend, daß Deutsche mit ständigem Wohnsitz im grenznahen Bereich benachbarter EG-Partnerstaaten weder bei uns noch in ihren Gastländern wählen können oder gewählt werden dürfen und so auf Dauer vom Recht auf demokratische Mitwirkung ausgeschlossen werden. Es handelt sich um eine größer werdende Zahl von Mitbürgern, die - wie etwa im Raum Aachen - in Belgien oder in den Niederlanden ihren Wohnsitz genommen haben und in der Bundesrepublik ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Sie haben vom Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft Gebrauch gemacht und werden deshalb diskriminiert. Denn ohne Zweifel kommt es einer Diskriminierung gleich, wenn die Lösung der damit verbundenen Wahlrechtproblematik nicht energisch angepackt wird.

Gewiß, an Versuchen einer Lösung hat es nicht gefehlt. Dabei türmte sich ein Berg verfassungsrechtlicher Schwierigkeiten auf. Das Bundesver-

Fassungsgericht hat 1973 die Einschränkung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche für rechtens erklärt. Zugleich schloss es aber die Ausweitung der Regelungen im Bundeswahlgesetz nicht aus; das Wahlrecht könnte ihnen also eingeräumt werden. Und tatsächlich besitzen Bürger, die auf Anordnung ihrer öffentlichen Dienstherrn im Ausland leben, für sich und ihre Angehörigen das Wahlrecht.

Zahlreiche Änderungsbestrebungen scheiterten bislang freilich an Bedenken, die durchaus zu teilen sind. Heute stehen zwei Modelle, das Fristenmodell und das sogenannte Kombinationsmodell zur Debatte, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden soll, weil sie für die von mir genannte Gruppe nicht in Betracht kommen. Eine grundsätzliche Regelung ist bekanntlich für etwa 1980 vorgesehen, wenn die Europäische Gemeinschaft, wie erhofft, weitere Integrationsfortschritte erzielt hat.

Für die Grenzpendler sollte eine frühere Lösung gefunden werden. Immerhin unterstehen sie der Personalhoheit der Bundesrepublik, üben hier ihre Erwerbstätigkeit aus, unterliegen dem deutschen Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht und schicken ihre Kinder über die Grenze in hiesige Schulen. Sie unterscheiden sich also ganz wesentlich von anderen Auslandsdeutschen und erfüllen eindeutig auch die im Wahlgesetz genannte Voraussetzung der besonderen Verbundenheit mit der Bundesrepublik.

Der Paragraph 12 des Bundeswahlgesetzes könnte also dahingehend geändert werden, daß die äußeren Merkmale der besonderen Grenzpendlersituation ausdrücklich aufgeführt werden. Eine solche Regelung dürfte auch vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben. Wir sind sie gerade im Zeichen der bevorstehenden Europa-Wahl den Pendlern schuldig, tragen sie doch zu ihrem Teil dazu bei, Europa zu verwirklichen. Die Beseitigung des Anachronismus ihrer Wahlrechtslosigkeit ist deshalb überfällig. (-/6.4.1977/kr/lo)